

Inhalt

Öffentliche Ausschreibung Neubau Kinderhaus am Brucker Bahnhof, Tischler Innentüren	1
Öffentliche Ausschreibung VOB/A Otfried-Preußler-Schule 1, Erlangen, Rohbauarbeiten, Aushub, Verbau, Aufzugsschacht in Stahlbeton	1
Satzung der Stadt Erlangen über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallwirtschaftssatzung – AbfS)	1
Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallwirtschaft in der Stadt Erlangen vom 18.12.1990 i. d. F. vom 30.11.2023 / In Kraft getreten am 01.01.2024 (Amtsblatt Nr. 26 vom 27.12.1990 und Die amtlichen Seiten Nr. 26 vom 21.12.2023)	10
Vollzug der Bayer. Bauordnung (Koldestraße 8)	11
Vollzug der Bayer. Bauordnung (Paul-Gossen-Straße 1a, 1b)	11
Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG)	12

Öffentliche Ausschreibung Neubau Kinderhaus am Brucker Bahnhof, Tischler Innentüren

Nähere Auskünfte und Auskünfte zur Anforderung von Unterlagen auf der Vergabeplattform www.vergabe.bayern.de oder EU-Amtsblatt www.simap.europa.eu.

Vergabenummer: 3152_kbb

Link zur Auftragsplattform:

<https://www.meinauftrag.rib.de/public/publications/492109>

Öffentliche Ausschreibung VOB/A Otfried-Preußler-Schule 1, Erlangen, Rohbauarbeiten, Aushub, Verbau, Aufzugsschacht in Stahlbeton

Nähere Auskünfte und Auskünfte zur Anforderung von Unterlagen auf der Vergabeplattform www.vergabe.bayern.de.

Vergabenummer: 3010_ops1

Ausführungszeitraum: 15.07. bis 14.10.2024

Link zur Auftragsplattform:

<https://www.meinauftrag.rib.de/public/publications/491359>

Satzung der Stadt Erlangen über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallwirtschaftssatzung – AbfS)

Die Stadt Erlangen erlässt aufgrund von Art. 7 Abs. 1 des Gesetzes zur Vermeidung, Verwertung und sonstigen Entsorgung von Abfällen in Bayern (Bayerisches Abfallwirtschaftsgesetz – BayAbfG) i.d.F.

d. Bek. v. 09.08.1996 (GVBl. S. 396, BayRS 2129-2-1-U), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.05.2021 (GVBl. S. 286), in Verbindung mit Art. 23, 24 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 sowie Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) i.d.F. d. Bek. v. 22.08.1998 (GVBl. S. 796), zuletzt geändert durch §§ 2, 3 des Gesetzes vom 24. Juli 2023 (GVBl. S. 385, 586), folgende Satzung:

§ 1 Zielsetzung und Aufgaben der städtischen Abfallentsorgung

(1) Im Rahmen der Förderung der Kreislaufwirtschaft, zur Schonung der natürlichen Ressourcen und der Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen nimmt die Stadt folgende Aufgaben wahr:

- a) die Förderung der Abfallvermeidung,
- b) die Förderung der Vorbereitung zur Wiederverwendung von Abfällen,
- c) die Gewinnung von Stoffen aus Abfällen (Recycling),
- d) die Gewinnung von Energie aus Abfällen (energetische Verwertung),
- e) die Beseitigung von Abfällen,
- f) die sonstigen Maßnahmen der Abfallbewirtschaftung.

(2) Die Aufgaben nach Abs. 1 umfassen auch die hierfür erforderlichen Maßnahmen des Bereitstellens, Überlassens, Einsammelns durch Hol- und Bringsysteme, Beförderns, Behandelns, Lagerns und Ablagerns.

(3) Zu den Aufgaben gehört auch die Information und Beratung über Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallberatung), sowie die Initiierung, Unterstützung und Durchführung von Projekten und Maßnahmen zur Förderung der Vermeidung und der Vorbereitung zur Wiederverwendung von Abfällen.

§ 2 Abfallentsorgung als öffentliche Einrichtung

(1) Die Stadt Erlangen betreibt zur Erfüllung der Aufgaben aus § 1 eine öffentliche Einrichtung.

Diese bildet eine rechtliche, wirtschaftliche und organisatorische Einheit.

(2) Zur Erfüllung dieser Aufgaben kann sich die Stadt ganz oder teilweise Dritter bedienen.

§ 3 Begriffsbestimmungen

1. Abfälle:

Alle Stoffe oder Gegenstände, deren sich Besitzer*innen entledigen, entledigen wollen oder entledigen müssen;

2. Abfälle zur Verwertung:

Abfälle, die verwertet werden;

3. Abfälle zur Beseitigung:

Abfälle, die nicht verwertet werden können;

4. Abfälle aus privaten Haushaltungen:

Abfälle, die in privaten Haushaltungen im Rahmen der privaten Lebensführung anfallen, insbesondere in Wohnungen und zugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallorten wie Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens.

Alle nicht in Satz 1 zuordenbaren Abfälle sind Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen;

5. Gewerbliche Siedlungsabfälle:

Siedlungsabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die in Kapitel 20 der Anlage der Abfallverzeichnis-Verordnung vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3379) in der jeweils geltenden Fassung aufgeführt sind, insbesondere

a) gewerbliche und industrielle Abfälle, die Abfällen aus privaten Haushaltungen aufgrund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung ähnlich sind, sowie

b) Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen mit Ausnahme der in Nr. 4 genannten Abfälle;

6. Bioabfälle

im Abfall enthaltene, biologisch abbaubare pflanzliche, tierische oder aus Pilzmaterialien bestehende Abfälle. Hierzu gehören insbesondere Nahrungs- und Küchenabfälle (z. B. Obst- und Gemüsereste, Kaffeefilter, Topf- und Balkonpflanze, Papiertaschentücher, Servietten, Küchentücher u. ä).

Keine Bioabfälle im Sinne dieser Satzung sind: flüssige Küchenabfälle, Fette, Tierkörper und -teile.

7. Küchen- und Speiseabfälle aus anderen Herkunftsbereichen:

Küchen-, Speise- und Lebensmittelabfälle mit Bestandteilen tierischer Herkunft aus anderen Bereichen als privaten Haushaltungen (z. B. Gastronomie, Catering-Einrichtungen, Großküchen, Lebensmittelhandel, Verpflegungseinrichtungen oder vergleichbaren Einrichtungen), welche der Verordnung zur Durchführung des Tierische-Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsverordnung (TierNebV) vom 27.07.2006 (BGBl. I S. 1735) in der jeweils geltenden Fassung unterliegen und flüssige Küchenabfälle;

8. Altspeiseöl:

Öle und Fette pflanzlichen oder tierischen Ursprungs aus Privathaushalten, die zur Zubereitung von Lebensmitteln für den menschlichen Verzehr genutzt werden;

9. Gartenabfälle:

pflanzliche Abfälle, die auf gärtnerisch genutzten Grundstücken anfallen (z. B. Baum-, Gras- und Strauchschnitt, Laub) und kompostiert werden können;

10. Bauschutt und Asbestabfälle:

mineralische Stoffe aus Bautätigkeiten;

11. Baustellenabfälle:

nichtmineralische Stoffe, wie sie bei Neu-, Umbau- und Renovierungsarbeiten

anfallen;

12. Erdaushub:

natürlich gewachsenes oder bereits verwendetes Erd- oder Felsmaterial;

13. Elektro- und Elektronikaltgeräte:

Geräte, die einen Netzstecker, eine Batterie, einen Akku oder eine Solarzelle haben, sind ein Elektrogerät. Darunter fallen ebenfalls Beleuchtungskörper wie Leuchtstofflampen. Ein Elektrogerät besteht zudem überwiegend aus elektronischen Bauteilen;

14. Gefährliche Abfälle (Schadstoffhaltige Abfälle):

Abfälle aus privaten Haushaltungen, die nach Art und Menge oder wegen ihres Schadstoffgehaltes zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit nicht in einer Anlage zur Behandlung, Lagerung oder Ablagerung von siedlungs- und produktionspezifischen Abfällen zugeführt werden dürfen, sondern einer getrennten Entsorgung bedürfen (z. B. Lacke, Lösungsmittel, Chemikalien, Desinfektionsmittel, Gifte, Autowasch- und -pflegemittel);

15. Sperrmüll:

in privaten Haushaltungen anfallende Abfälle wie Möbel und Gebrauchsgegenstände, die wegen ihrer Größe, ihres Gewichtes oder ihrer Beschaffenheit auch nach einer zumutbaren Zerkleinerung nicht in die bereitgestellten städtischen Abfallbehälter eingefüllt werden können oder das Entleeren erschweren;

16. Altholz:

Gegenstände aus Holz oder Pressspan (z. B. Möbel), sowie Holzspäne, Spanplatten, unbehandeltes und behandeltes Holz;

17. Abfallentsorgung:

Verwertung und Beseitigung von Abfällen;

18. Abfallbehälter:

Sammelbegriff für Behälter für Abfälle zur Beseitigung (z. B. Restmüllbehälter) und Behälter für Abfälle zur Verwertung (z. B. Biotonne, Altpapierbehälter, Behälter für Leichtverpackungen), Müllpressbehälter;

19. Grundstück:

ohne Rücksicht auf den Grundbucheintrag jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet, insbesondere dann, wenn ihm eine Hausnummer zugeteilt ist;

20. Grundstückseigentümer*in:

Jede*r Eigentümer*in von bebauten Grundstücken und die sonstigen dinglich zum Besitz des Grundstücks Berechtigten, insbesondere Erbbauberechtigte, Wohnungs- und Teileigentümer*innen, Dauerwohn- und -nutzungsberechtigte im Sinne des Wohnungseigentumsrechts und Nießbraucher*innen im Stadtgebiet;

21. Straßen und Fahrbahnen:

dem öffentlichen Verkehr dienende Verkehrsflächen mit ausreichender Breite und Wendemöglichkeit für Müllsammelfahrzeuge.

§ 4 Umfang der städtischen Verwertungs- und Beseitigungspflicht/Ausschlüsse

(1) Die Stadt ist zur Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushaltungen und von zur Beseitigung überlassenen Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen verpflichtet, soweit diese Abfälle im Stadtgebiet Erlangen angefallen sind. § 20 Abs. 1 Satz

2 und § 17 Abs. 1 Satz 2 KrWG in der jeweils geltenden Fassung bleiben unberührt.

(2) Von der Abfallentsorgung durch die Stadt sind ausgeschlossen:

1. Abfälle, insbesondere gefährliche Abfälle, aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, soweit diese nach Art, Menge oder Beschaffenheit nicht mit in privaten Haushaltungen anfallenden Abfällen beseitigt werden können;
 2. Eis und Schnee;
 3. Kfz-Wracks/-Teile;
 4. pflanzliche Abfälle aus der Land- und Forstwirtschaft, Gärtnereien und vergleichbaren Betrieben;
 5. in Druckgasflaschen gefasste Stoffe;
 6. Munition, Sprengstoff und Feuerwerkskörper;
 7. seuchenhygienisch bedenkliche Abfälle wie
 - a) Körperteile und Organabfälle,
 - b) Versuchstiere, sowie Streu und Exkremate, durch die eine Übertragung von Krankheitserregern zu besorgen ist,
 - c) Abfälle, die nach dem Infektionsschutzgesetz vom 20.07.2000 (BGBl I S. 1045) in der jeweils geltenden Fassung behandelt werden müssen;
 8. Küchen-, Speise und Lebensmittelabfälle mit Bestandteilen tierischer Herkunft aus anderen Bereichen als privaten Haushaltungen;
 9. Abfälle, für die Rücknahmepflichten durch Rechtsverordnung nach § 25 KrWG eingeführt sind, soweit entsprechende Rücknahmeeinrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen - vorbehaltlich einer Mitwirkung nach § 25 Abs. 2 KrWG;
 10. Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, soweit Dritten oder privaten Entsorgungsträgern Pflichten zur Entsorgung nach § 22 KrWG übertragen worden ist;
 11. Abfälle, die mit ausgeschlossenen Stoffen vermischt sind.
- (3) Vom Einsammeln und Befördern durch die Stadt sind ausgeschlossen:
1. Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die wegen ihrer Art, Menge oder Beschaffenheit nicht in den zugelassenen Abfallbehältnissen oder jedermann zugänglichen Sammelbehältern gesammelt oder mit den Müllsammelfahrzeugen oder sonstigen Sammelfahrzeugen transportiert werden können;
 2. Erdaushub, Bauschutt, Straßenaufbruch und Steine;
 3. Schlämme mit mehr als 65 % Wassergehalt (TS = 35 %);
 4. Abfälle, die mit ausgeschlossenen Stoffen vermischt sind.
- (4) Die Vorschriften dieser Satzung gelten nicht für die in § 2 Abs. 2 KrWG genannten Stoffe.
- (5) Die Stadt kann im Einzelfall mit Zustimmung der Regierung von Mittelfranken Abfälle gem. § 4 Abs. 2 Nr. 1 oder solche bei denen die Sicherheit der umweltverträglichen Beseitigung im Einklang mit der Abfallwirtschaftsplanung des Landes durch einen anderen Entsorgungsträger oder Dritten gewährleistet ist, ganz oder teilweise von der Entsorgung ausschließen. Die Stadt kann die Besitzer solcher Abfälle verpflichten, die Abfälle bis zur Entscheidung der zuständigen Abfallbehörde so zu lagern, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird.
- (6) Soweit Abfälle nach Abs. 2 und 5 ganz oder teilweise von der Entsorgung durch die Stadt ausgeschlossen sind, sind die*der Abfallbesitzer*in/-erzeuger*in nach den Vorschriften des KrWG, des BayAbfG sowie der TierNebV verpflichtet, diese einer hierfür zugelassenen Abfallentsorgungseinrichtung zu überlassen.

(7) Soweit Abfälle nach Abs. 3 ganz oder teilweise von dem Einsammeln und Befördern durch die Stadt ausgeschlossen sind, sind die*der Abfallbesitzer*in/-erzeuger*in verpflichtet, diese selbst oder durch einen Beauftragten einzusammeln, zu befördern und den Einrichtungen und Anlagen der städtischen Abfallentsorgung satzungsgemäß zu überlassen.

§ 5 Anschluss- und Benutzungsrecht/-zwang

- (1) Jede*r Grundstückseigentümer*in im Stadtgebiet, hat im Rahmen dieser Satzung das Recht und die Pflicht, das Grundstück an die öffentliche Einrichtung der Abfallentsorgung anzuschließen (Anschlussrecht und -zwang). Grundstückseigentümer*innen werden von ihrer Verpflichtung nicht dadurch befreit, dass neben ihnen andere verpflichtet sind.
- (2) Abfallerzeuger*innen und Abfallbesitzer*innen (z. B. Mieter*innen, Pächter*innen) sind vorbehaltlich der Regelungen in § 6 verpflichtet, die auf dem Grundstück oder die sonst bei ihnen angefallenen überlassungspflichtigen Abfälle den Einrichtungen und Anlagen der städtischen Abfallentsorgung satzungsgemäß zu überlassen (Benutzungszwang). Hierzu sind sie auch berechtigt (Benutzungsrecht).
- (3) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, für die wegen ihrer Art, Menge oder ihres unregelmäßigen Anfalls eine Sammlung in Behältern nach § 10 unzumutbar ist, können mit Zustimmung der Stadt von*m Abfallerzeuger*innen/-besitzer*innen selbst oder durch einen Beauftragten eingesammelt und befördert werden. Die Abfälle sind nach Maßgabe dieser Satzung bereitzustellen.
- (4) Jede*r nach Abs. 1 Anschlussberechtigte oder jede*r sonstige Abfallbesitzer*in bzw. Abfallerzeuger*in ist verpflichtet, die Abfälle nach Maßgabe des § 11 getrennt zu halten.

§ 6 Ausnahmen und Befreiungen vom Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Der Benutzungszwang gemäß § 5 Abs. 2 besteht nicht, soweit Abfälle
1. nach § 4 Abs. 2 von der Abfallentsorgung ausgeschlossen sind;
 2. durch gemeinnützige Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden;
 3. nach vorheriger Zustimmung der Stadt im Rahmen einer gewerblichen Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden, wenn und soweit dies der Stadt nachgewiesen wird und nicht überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen.
- Die Nrn. 2 und 3 gelten nicht für gefährliche Abfälle.
- (2) Vom Anschluss- und Benutzungszwang für Abfälle zur Verwertung sind private Haushaltungen befreit, wenn die Abfälle zur Verwertung durch die*den Abfallbesitzer*in selbst auf dem an die städtische Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstück ordnungsgemäß und schadlos im Sinne des § 7 Abs. 3 KrWG verwertet werden (Eigenverwertung). Die ordnungsgemäße und schadlose Eigenverwertung ist der Stadt auf Verlangen nachzuweisen.
- (3) Vom Anschluss- und Benutzungszwang an die Biotonne sind private Haushaltungen befreit, wenn die Anschlusspflichtigen darlegen, dass sie in der Lage sind, sämtliche Bioabfälle zu kompostieren. Auf Antrag kann auf die Zuteilung eines gesonderten Abfallbehälters für Bioabfälle verzichtet und ein Gebührenabschlag erteilt werden. Voraussetzung ist, dass

das Grundstück im Verhältnis zur Anzahl der Bewohner groß genug ist, d.h. dass in der Regel je Bewohner 50 m² unversiegelte Fläche für die Aufbringung des selbst erzeugten Kompostes zur Verfügung stehen.

(4) Eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang kommt für Erzeuger*innen oder Besitzer*innen von Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, insbesondere bei Industrie und Gewerbebetrieben, nur dann in Betracht, wenn sie die bei ihnen anfallenden Abfälle zur Beseitigung in eigenen Anlagen beseitigen (Eigenbeseitigung) und keine überwiegenden öffentlichen Interessen eine Überlassung der Abfälle zur Beseitigung erfordern.

Überwiegende öffentliche Interessen sind insbesondere dann gegeben, wenn ohne eine Abfallüberlassung an die Stadt als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger die Entsorgungssicherheit, der Bestand, die Funktionsfähigkeit oder die wirtschaftliche Auslastung der vorhandenen oder künftigen kommunalen Abfallentsorgungsanlagen oder Abfallentsorgungseinrichtungen beeinträchtigt wird.

(5) Befreiungen sind schriftlich zu beantragen und unter Vorlage geeigneter Unterlagen zu begründen. Die Befreiung wird im Einzelfall unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs erteilt und kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden sowie befristet werden. Eine Befreiung wird widerrufen, wenn eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere durch Gefährdung der Schutzgüter nach § 15 Abs. 2 KrWG zu erwarten ist.

§ 7 Benutzung der öffentlichen Einrichtung / Anfall von Abfällen, Eigentumsübergang

(1) Die Benutzung der öffentlichen Einrichtung zur Abfallentsorgung beginnt mit der Aufstellung der gemäß dieser Satzung zur Verfügung gestellten Abfallbehälter, im Falle des Ausschlusses vom Einsammeln und Befördern mit der in zulässiger Weise bewirkten Bereitstellung der Abfälle bei der betreffenden Abfallentsorgungsanlage.

(2) Abfälle gelten als zum Einsammeln und Befördern angefallen, wenn sie bereitgestellt sind. Als bereitgestellt gelten Abfälle, wenn sie in aufgestellte oder zugelassene Behälter eingegeben sind oder bei den Sammelstellen abgegeben wurden. Sperrmüll wird im Grundstück bereitgestellt. In Ausnahmefällen ist die Bereitstellung des Sperrmülls auf dem öffentlichen Gehweg gestattet. Im Übrigen gelten Abfälle als angefallen, wenn sie satzungsgemäß bereitgestellt sind.

(3) Es ist unbefugten Dritten nicht gestattet, in Abfallbehältern bereitgestellte Abfälle zu durchsuchen oder wegzunehmen.

(4) Zugelassene Abfälle gehen in das Eigentum der Stadt bzw. eines von ihr beauftragten Dritten mit dem Verladen auf das Sammelfahrzeug oder mit der Überlassung in einem jedermann zugänglichen Sammelbehälter oder einer sonstigen Sammeleinrichtung über.

(5) Für Abfälle zur Verwertung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen können die städtischen Einrichtungen zur Abfallentsorgung benutzt werden, soweit es sich um haushaltsübliche Mengen handelt und das anschlusspflichtige Grundstück über ein ausreichendes Behältervolumen für Abfälle zur Beseitigung verfügt.

§ 8 Förderung der Kreislaufwirtschaft (Vermeiden, Wiederverwenden und Verwerten)

(1) Die Menge der zugelassenen Abfälle ist, wie es den Umständen nach möglich und zumutbar ist, gering zu halten. Die Maßnahmen zur Abfallbewirtschaftung stehen in der Rangfolge Abfallvermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, Recycling, sonstige Verwertung, Beseitigung.

Die Stadt berät ihre Bürger*innen, Gewerbebetriebe und sonstige wirtschaftliche und öffentliche Einrichtungen über die Möglichkeit zur Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen.

(2) Die Stadt wirkt bei der Gestaltung von Arbeitsabläufen in ihren Dienststellen und Einrichtungen und bei ihrem sonstigen Handeln, insbesondere im Beschaffungs- und Auftragswesen und bei Bauvorhaben sowie bei Veranstaltungen in ihren Einrichtungen und auf ihren Grundstücken darauf hin, dass möglichst wenig Abfall entsteht und die anfallenden Abfälle möglichst getrennt gehalten werden können.

(3) Bei Veranstaltungen ist der Stadt auf Verlangen ein Abfallkonzept vorzulegen, das die Maßnahmen zur Abfallvermeidung und -trennung enthält. Nach der Veranstaltung ist der Stadt ein Abfallbericht über die angefallenen Abfälle nach Art und Menge vorzulegen.

(4) Bei Veranstaltungen, die auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, sowie in Einrichtungen der Stadt durchgeführt werden sowie bei Nutzung öffentlicher bzw. städtischer Grundstücke und Einrichtungen dürfen Speisen und Getränke nur in pfandpflichtigen, wiederverwendbaren Verpackungen und Behältnissen mit wiederverwendbarem Besteck ausgegeben werden. Eine Befreiung von dieser Pflicht kann im Einzelfall erteilt werden, wenn Belange des öffentlichen Wohls dies erfordern.

§ 9 Anzeige und Antragspflicht

(1) Die nach § 5 Anschlusspflichtigen haben der Stadt die für die Abfallentsorgung und die Gebührenberechnung wesentlichen Daten mitzuteilen; dazu gehören insbesondere Angaben zum erstmaligen Anfall von Abfällen, zu deren Art und voraussichtlichen Menge, zur Anzahl der Bewohner des Grundstücks und Angaben zum Behälterstandplatz.

Der erstmalige Anfall von Abfällen und jede Veränderung sind der Stadt spätestens zwei Wochen vorher anzuzeigen. Abfallbehälter, die nicht mehr benötigt werden, müssen unter Angabe des Grundes zwei Wochen vor dem gewünschten Abzugstermin abgemeldet werden.

(2) Für Grundstücke, auf denen sich keine oder nicht ausschließlich private Haushaltungen befinden, sind neben der*dem Grundstückseigentümer*in auch die*der Abfallbesitzer*in und -erzeuger*innen zu den vorgenannten Meldungen und zur Auskunft über die für die Berechnung des Mindestbehältervolumens erforderlichen Angaben nach § 10 Abs.5 bis 7 verpflichtet.

(3) Wechseln die Anschlusspflichtigen, so sind sowohl die bisherigen als auch die neuen Anschlusspflichtigen verpflichtet, die Stadt unverzüglich vom Eigentumswechsel zu benachrichtigen.

(4) Die Anschlusspflichtigen sind dafür verantwortlich, dass stets eine ausreichende Anzahl von Abfallbehältern in ausreichender Größe auf dem Grundstück vorhanden ist. Zusätzlich benötigte Abfallbehälter sind unverzüglich zu beantragen.

Wird ein Antrag nicht gestellt, obwohl die vorhandenen Behälter für Abfälle zur Beseitigung nicht ausreichen, stellt die Stadt nach einmaliger erfolgloser Aufforderung der Verpflichteten die zusätzlich erforderlichen Behälter für Abfälle zur Beseitigung auf. Das Fassungsvermögen der zusätzlichen Behälter für Abfälle zur Beseitigung richtet sich nach der Anzahl der im Grundstück gemeldeten Personen, wobei für jede gemeldete Person ein Mindestvolumen von 15 l je Woche vorzuhalten ist.

Wird ein Abfallbehälter gemäß § 12 Abs. 5 abgezogen, hat die Stadt das Recht, ein dem Abfallaufkommen entsprechendes höheres Behältervolumen für Abfälle zur Beseitigung bereitzustellen.

Die Anschlusspflichtigen haben die zusätzlichen Behälter entgegenzunehmen und zu benutzen.

§ 10 Abfallbehälter

(1) Die Stadt legt fest, welche Abfallbehälter zu verwenden sind und stellt diese zur Verfügung. Die von der Stadt zur Verfügung gestellten Behälter bleiben städtisches Eigentum und werden von der Stadt unterhalten. Über den Austausch entscheidet die Stadt. Behälter für die Entsorgung von gewerblichen Siedlungsabfällen können nach Zustimmung der Stadt vom Anschlusspflichtigen auf eigene Kosten bereitgestellt werden.

(2) Art, Anzahl, Größe und Zweck der Abfallbehälter, deren Standort auf dem

Grundstück, die Trennung der Abfälle sowie die Häufigkeit und der Zeitpunkt der Anfuhr richtet sich unter Berücksichtigung der Interessen der Anschlusspflichtigen nach abfallwirtschaftlichen Belangen.

Eigentümer*innen von anschlusspflichtigen Grundstücken, auf denen ausschließlich Abfälle aus privaten Haushaltungen anfallen, können sich auf Antrag, der von allen vorgenannten Personen zu unterzeichnen ist, zur gemeinsamen Benutzung von Abfallbehältern auf einem von ihnen zu bestimmenden Grundstück zusammenschließen. Die Grundstücke müssen in einem engen räumlichen Bereich zueinander liegen.

Die gemeinsame Benutzung umfasst die

a) geteilte Restmülltonne für maximal zwei Gebührenpflichtige, ohne Aufteilung der Wertstoffbehälter. Die Gebührenpflichtigen erhalten getrennte Gebührenbescheide.

oder

b) gemeinsame Nutzung von Abfallbehältern mit Abgabe einer gemeinsamen Verpflichtungserklärung, nach denen die Grundstückseigentümer*innen als Gesamtschuldner*innen für die anfallenden Gebühren sämtlicher gemeinsam genutzten Behälter haften. Ferner haben die Pflichtigen verbindlich eine*n Zustellbevollmächtigte*n für den Gebührenbescheid zu benennen.

Jede*r Beteiligte kann die Vereinbarung mit einer Frist von 3 Monaten zum Monatsende kündigen. Bei mehr als zwei Beteiligten können die verbleibenden Beteiligten die gemeinsame Nutzung fortsetzen. Ist dies nicht der Fall, erlischt der Zusammenschluss. Die Stadt kann die gemeinsame Nutzung aufheben, wenn ein*e Beteiligte*r wiederholt gegen Bestimmungen der Satzung verstößt. Mit Beendigung hat jeder Anschlusspflichtige die erforderlichen Abfallbehälter auf seinem Grundstück aufzustellen.

Um die Abfuhr wirtschaftlich durchzuführen, ist die Anzahl der Abfallbehälter möglichst gering zu halten. Ein Anspruch auf einen bestimmten Abfallbehälter (Art, Anzahl, Größe) besteht nicht.

(3) Abfälle zur Beseitigung aus privaten Haushaltungen und gewerbliche Siedlungsabfälle, die im Einzelfall zusätzlich anfallen, können in besonders gekennzeichnete Abfallsäcke eingefüllt werden. Die bereitgestellten Säcke werden im Rahmen der Restmüllabfuhr mitgenommen. Die Abfallsäcke werden von der Stadt gebührenpflichtig ausgegeben.

(4) Fallen auf Grundstücken Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen an, ist für die Abfuhr von gewerblichen Siedlungsabfällen zur Beseitigung mindestens ein 80l-Behälter bereitzuhalten.

(5) Unbeschadet von Abs. 4 wird für Anfallstellen von gewerblichen Siedlungsabfällen die erforderliche Mindest-Behältergröße pro Woche wie folgt festgestellt:

1. Krankenhäuser, Kliniken und ähnliche Einrichtungen:

3 Liter/Woche je Beschäftigte*r und je Bett

2. Schulen, Kindergärten, Bildungseinrichtungen u. ä.:

1 Liter/Woche je Person (Schüler*innen, Kinder, Lehrer*innen, sonstiges Personal)

3. private und öffentliche Verwaltung, Geldinstitute, Verbände, Krankenkassen, Versicherungen, selbständig Tätige der freien Berufe, selbstständige Handels-, Industrie- und Versicherungsvertreter*innen u. ä.:

3 Liter/Woche je Beschäftigte*r

4. Schank- und Speisewirtschaften, Imbissbuden u. ä.:

20 Liter/Woche je Beschäftigte*r

5. Gaststättengewerbe, die nur als Schankwirtschaft konzessioniert sind, Eisdielen, Cafés u. ä.:

15 Liter/Woche je Beschäftigte*r

6. Beherbergungsbetriebe:

3 Liter/Woche je Bett

7. Lebensmitteleinzel- und Großhandel:

20 Liter/Woche je Beschäftigte*r

8. sonstiger Einzel- und Großhandel, Nahrungsmittelhandwerkbetriebe (z. B. Bäckereien, Metzgereien), Industrie, Handwerk und übriges Gewerbe:

7 Liter/Woche je Beschäftigte*r

Werden auf einem Grundstück mehrere der vorgenannten Nutzungen betrieben, werden die Mindestkapazitäten nach Nr. 1 bis 8 addiert.

Beschäftigte im Sinne dieses Absatzes sind alle in einem Betrieb oder einer sonstigen Einrichtung Tätige (z. B. Arbeitnehmer*innen, Unternehmer*innen, mithelfende Familienangehörige, Auszubildende) einschließlich Zeitarbeitskräfte. Beschäftigte, die weniger als die Hälfte der branchenüblichen Arbeitszeit beschäftigt sind, werden bei der Veranlagung zu einem Viertel berücksichtigt. Für Schwimmbäder, Friedhöfe, Vereinshäuser und ähnliche Einrichtungen ohne ständige Bewirtschaftungen wird ein Behältervolumen festgesetzt, dass sich nach der tatsächlichen Nutzung der Einrichtung unter Berücksichtigung der Abs. 1, 2 und 4 richtet. Entsprechend wird in Fällen, in denen keine Regelung enthält, vorgefahren.

Abweichend von Abs. 5 Satz 1 kann auf Antrag bei durch den*die Abfallerzeuger*innen bzw. Abfallbesitzer*innen nachgewiesener Nutzung von Vermeidungs- und Verwertungsmaßnahmen ein geringeres Mindestbehältervolumen zugelassen werden. Die Stadt legt aufgrund der vorgelegten Nachweise und gegebenenfalls eigener Ermittlungen und Erkenntnisse das zur

Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Entsorgung erforderliche Behältervolumen fest.

(6) Bei Grundstücken, auf denen Abfälle aus privaten Haushaltungen und Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen anfallen, die gemeinsam gesammelt werden können, wird das sich aus Abs. 5 ergebende Behältervolumen auf das nach Abs. 1 und 2 zur Verfügung zu stellende Behältervolumen angerechnet, wenn sichergestellt ist, dass sämtliche auf dem Grundstück anfallenden Abfälle zur Beseitigung unter Berücksichtigung der Abfuhrhäufigkeit in den gemeinsamen Abfallbehältern für Abfälle zur Beseitigung ordnungsgemäß aufgenommen werden können. Bei der Anrechnung nach Satz 1 wird pro Person in einem privaten Haushalt ein rechnerisches Abfallbehältervolumen für Abfälle zur Beseitigung von 15 Litern pro Woche angenommen.

(7) Reicht das bereit gestellte Behältervolumen wiederholt nicht aus, so hat die*der Grundstückseigentümer*in die Aufstellung eines größeren und ausreichenden Behältervolumens zu dulden.

(8) Fallen bei einem Grundstück Küchen-, Speise- und Lebensmittelabfälle sowie flüssige Küchenabfälle nach § 4 Abs. 2 Nr. 8 an, werden Biotonnen erst nach Vorlage eines Nachweises über eine vorgeschriebene fachgerechte Entsorgung der Abfälle tierischer Herkunft (TierNebV) aufgestellt.

§ 11 Abfalltrennung

(1) Abfälle zur Beseitigung und Abfälle zur Verwertung sind getrennt zu halten und ausschließlich in den jeweils dafür vorgesehenen Abfallbehältern zu überlassen bzw. bei den entsprechenden Annahmestellen (z. B. Gartenabfallsammelstellen, Kompostierungsanlage, Anlagen des Zweckverbandes Abfallwirtschaft in der Stadt Erlangen und im Landkreis Erlangen-Höchstadt – Zweckverband Abfallwirtschaft) abzugeben.

(2) Abfälle zur Verwertung sind getrennt zu überlassen:

1. Bioabfälle und organisch verunreinigte Papierabfälle (z. B. Filtertüten, Küchenpapier, Lebensmitteltüten, Papiertaschentücher) müssen, soweit sie nicht auf dem eigenen Grundstück kompostiert werden, in die Biotonnen eingegeben werden. Dabei sind organische Küchenabfälle insbesondere aus hygienischen Gründen in geeignetes Papier einzuwickeln oder mit geeignetem Strukturmaterial (z. B. unbehandelte Sägespäne, trockene Gartenabfälle) zu vermischen. Die Benutzung von Folien-Abfallbeuteln, auch wenn diese gemäß der Bioabfallverordnung als kompostierbar gekennzeichnet sind, ist nicht zulässig;

2. Gartenabfälle dürfen nur in die Biotonne eingegeben werden, wenn der Durchmesser der Äste nicht mehr als 5 cm beträgt. Alle Gartenabfälle können bei den Gartenabfallsammelstellen oder der städtischen Kompostierungsanlage abgegeben werden; sperrige Pflanzenabfälle (z. B. Baum- und Strauchschnitt) sind bei der Kompostierungsanlage abzugeben. Die Sammelstellen dürfen nur zu den von der Stadt bekannt gegebenen Terminen benutzt werden;

3. Nicht verunreinigte Papierabfälle (Papier, Pappe und Kartonaugen) müssen in die gesonderten Abfallbehälter für Papier eingegeben werden. Fallen im Einzelfall größere Mengen Papierabfälle an, als über den zur Verfügung gestellten Abfallbehälter entsorgt werden können, sind diese an den Anlagen des Zweckverbandes Abfallwirtschaft anzudienen;

4. Elektro- und Elektronikaltgeräte aus privaten Haushaltungen sind im Rahmen der Sperrmüllabfuhr gesondert bereitzustellen bzw. können direkt zu den Anlagen des Zweckverbandes Abfall-

wirtschaft oder – soweit vorhanden – bei weiteren Erfassungssystemen angeliefert werden;

5. Altspeiseöle sind grundsätzlich getrennt zu halten und zu den Sammelautomaten für Altspeiseöl oder den Anlagen des Zweckverbandes Abfallwirtschaft oder – soweit vorhanden – bei weiteren Erfassungssystemen angeliefert werden;

6. Verkaufsverpackungen im Sinne von § 3 Abs. 1 des Verpackungsgesetzes vom 05.07.2017 (BGBl. I S. 2234) in der jeweils geltenden Fassung, insbesondere Verkaufsverpackungen aus Glas, Weißblech, Aluminium, Kunst- und Verbundstoffen, sind von der Abfallentsorgung durch die Stadt ausgeschlossen und dürfen nicht in die Restmüllbehälter eingegeben werden. Sie sind dem von den Rücknahmeverpflichteten eingeführten Sammelsystem (Altglascontainer, gelber Sack, gelbe Tonne) zuzuführen.

§ 12 Benutzung der Abfallbehälter

(1) Abfallbehälter müssen vom Benutzungspflichtigen pfleglich behandelt und sauber gehalten werden. Die Abfallbehälter dürfen nur verwendet werden, um Abfälle bereitzustellen.

(2) Die Abfallbehälter sind stets geschlossen zu halten und dürfen nur soweit befüllt werden, dass sich der Deckel schließen lässt.

(3) Alle Einwirkungen auf die Abfallbehälter oder die Abfälle in den Behältern, welche die Behälter beschädigen, die Abfuhr erschweren oder eine Verwertung der Abfälle beeinträchtigen können, sind verboten. Dies gilt insbesondere für

1. das Einschlämmen, Einstampfen oder Entlüften sowie das maschinelle Verdichten der Abfälle in den Behältern;

2. das Verbrennen von Abfällen in den Behältern;

3. das Einfüllen von sperrigen, heißen, flüssigen oder anderen Rückständen, die Behälter, Sammelfahrzeuge oder Entsorgungsanlagen beeinträchtigen oder übermäßig verschmutzen können;

4. das Einfüllen von Erdaushub, Bauschutt und Steinen in die Behälter;

5. das Befüllen von Abfallbehältern mit dafür nicht zugelassenen Stoffen;

6. die Verpressung oder eine sonstige mechanische Verdichtung der Abfälle in den Abfallbehältern.

Jeder Müllbehälter darf mit Inhalt nur so schwer sein, dass er in der üblichen Weise transportiert und in das Müllsammelfahrzeug entleert werden kann.

Die Haftung für Schäden, die durch unsachgemäße Behandlung der Abfallbehälter oder durch Einbringen nicht zugelassener Gegenstände an den Sammelfahrzeugen entstehen, richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

(4) Die auf den öffentlichen Sammelcontainern und an den sonstigen Sammelstellen angegebenen Benutzungszeiten sind einzuhalten. Beim Befüllen der Behälter ist Lärm möglichst zu vermeiden.

(5) Eine Bereitstellung überfüllter, nicht zweckentsprechend befüllter sowie zu spät bereitgestellter Abfallbehälter entbindet die Stadt bis zur ordnungsgemäßen Bereitstellung von ihrer Verpflichtung zur Einsammlung der in den Behältern befindlichen Abfälle.

Ein Anspruch auf Gebührenermäßigung besteht nicht. Sofern freie Kapazitäten vorhanden sind, kann die Stadt eine gebührenpflichtige Sonder- oder Nachleerung durchführen. Werden wiederholt Abfallbehälter nicht ordnungsgemäß befüllt, kann die Stadt die Behälter abziehen.

Werden Abfallbehälter für Abfälle zur Verwertung entgegen ihrer Zweckbestimmung befüllt, so wird der

gesamte Inhalt gegen Erhebung einer gesonderten Gebühr als Abfall zur Beseitigung entsorgt.

§ 13 Standplätze und Transportwege für Abfallbehälter

(1) Die Stadt legt nach Anhörung der Verpflichteten fest, wo die Abfallbehälter zur Abholung bereitstehen müssen. Der Behälterstandplatz ist in den Bauvorlagen auszuweisen. Die Verpflichteten müssen den Standplatz auf eigene Kosten grundsätzlich auf ihrem Grundstück errichten, unterhalten und ändern; dies gilt auch dann, wenn die Änderung wegen einer Umstellung des Abfuhrsystems oder der zur Verfügung gestellten Abfallbehälter notwendig ist. Der Standplatz ist so auszulegen, dass er für zusätzliche Behälter erweitert werden kann.

Die Anschlusspflichtigen haben dafür zu sorgen, dass die auf dem Grundstück aufgestellten Abfallbehälter den Benutzungspflichtigen und zum Abtransport und der Überwachung zugänglich sind. Die Stadt kann die Aufstellung von Abfallbehältern für mehrere Grundstücke auf einem gemeinsamen Standplatz verlangen. Es sind die dem Grundstück zugeordneten Behälter zu benutzen.

(2) Standplätze und Transportwege für die Abfallbehältern müssen wie folgt angelegt sein:

1. Der Standplatz muss frei zugänglich sein und über eine ausreichende ebenerdige Stellfläche für die jeweils verwendeten Behälter verfügen.

Das Aufstellen von Behältern in Innenräumen kann in Ausnahmefällen zugelassen werden.

2. Der Standplatz ist grundsätzlich in möglichst kurzer Entfernung zum Fahrbahnrand einer befahrbaren öffentlichen Straße oder zum nächstmöglichen Haltepunkt des Entsorgungsfahrzeuges in der Art und Weise einzurichten, dass ein Rückwärtsfahren des Entsorgungsfahrzeuges nicht erforderlich ist.

3. Standplätze und Transportwege müssen mit tragfähigem und trittsicherem Material befestigt sein, dessen Oberfläche den Transport der Behälter nicht erschwert (z. B. keine Rasengittersteine).

4. Sofern Standplätze verschlossen werden (z. B. Einhausungen), ist der

Abfallentsorgung Zugang mittels sog. Mülltonnendreikantschlüssel (8 mm) zu gewähren.

5. Standplätze und Transportwege müssen am Abfuhrtag in verkehrssicherem Zustand (insbesondere frei von Schnee und Eis) sowie frei von Hindernissen und bei Dunkelheit ausreichend beleuchtet sein.

6. Der Transportweg vom Standplatz zu den Entsorgungsfahrzeugen bei Grundstücken, die nach dem 03.11.2016 bebaut wurden, sowie sonstige Vorgaben, die eine für die Mülleinsammlung relevante Veränderung der Situation vor Ort, beispielsweise am Müllbehälterstandplatz, dem Zugang oder der Zufahrt zur Folge haben, darf bei Abfallbehältern mit einem Volumen bis zu 240 Liter 15 Meter nicht überschreiten. Bei Abfallbehältern mit einem Volumen größer als 240 Liter darf der Transportweg vom Standplatz zu den Entsorgungsfahrzeugen 10 Meter nicht überschreiten. Transportwege dürfen nur bis zu einer Steigung von 2,5 % ausgebildet werden.

7. Der Transportweg muss für Abfallbehälter bis 240 Liter mindestens 1,00 Meter und für größere Abfallbehälter mindestens 1,50 Meter breit sein. Befinden sich auf dem Transportweg Türen, müssen diese feststellbar sein (ausgenommen Brandschutztüren).

8. Führt ein Transportweg durch Hauseingänge/-flure, müssen die Durchgänge mindestens 2,50 Meter hoch sein und am Abfuhrtag dürfen im Transportweg keine Gegenstände (z. B. Fahrräder, Kinderwagen) abgestellt sein.

9. Die Aufstellung von Behälterschränken ist nicht erforderlich. Werden Behälterschränke aufgestellt, müssen diese den jeweils geltenden DIN-Vorschriften und VDI-Richtlinien entsprechen. Die Unterkanten der Türen dürfen maximal 5 cm über dem Transportweg liegen. Die Behälterschränke müssen sich ohne Schlüssel öffnen lassen. Die Schranktüren sind entsprechend ihrem Inhalt zu beschriften.

(3) Es besteht kein Anspruch auf Abholung der Abfallbehälter, wenn die Zugangs- und Zufahrtsvoraussetzungen in Abs. 2 Nrn. 1 – 9 nicht gegeben sind. In diesem Fall müssen die Verpflichteten die Behälter am Tag der Abfuhr selbst zum Halteplatz des Entsorgungsfahrzeuges stellen und nach der Entleerung zurücktransportieren. Eine Behinderung bzw. Gefährdung des Fahr- und Fußgängerverkehrs muss ausgeschlossen werden. Die Stadt ist berechtigt, den Bereitstellungsort festzulegen. Ein Anspruch auf eine Gebührenermäßigung besteht dabei nicht.

(4) Sind Straßen oder Straßenabschnitte vorübergehend mit Entsorgungsfahrzeugen nicht befahrbar (z. B. wegen Straßenbauarbeiten), so haben die Benutzungspflichtigen die Abfallbehälter während dieser Zeit zur nächsten mit dem Entsorgungsfahrzeug befahrbaren Straße zu bringen.

§ 14 Abfuhr

(1) Die Stadt legt den Abfuhrhythmus fest.

Die Restmüllbehälter werden in der Regel alle 14 Tage entleert. Biotonnen werden in der Regel einmal wöchentlich entleert. Der für die Abholung vorgesehene Wochentag wird von der Stadt bekannt gegeben. Fällt der vorgesehene Wochentag auf einen gesetzlichen Feiertag, so erfolgt die Abholung an einem anderen Werktag. Muss der Zeitpunkt der Abholung verlegt werden, wird dies nach Möglichkeit bekannt gegeben.

Die Stadt kann im Einzelfall oder für einzelne Abfuhrbereiche einen längeren oder kürzeren Zeitraum für die Abfuhr festlegen. Ansprüche auf Gebührenermäßigung können hieraus nicht geltend gemacht werden.

Ist eine Entleerung der Abfallbehälter aufgrund von Verpressen oder Festfrieren der Abfälle in den Behältern nicht möglich, wird die Stadt bis zur nächsten turnusmäßigen Abfuhr von ihrer Einsammelverpflichtung befreit. Ansprüche auf Gebührenermäßigung können hieraus nicht geltend gemacht werden.

(2) Für Abfälle, die gelegentlich in größeren Mengen anfallen, können auf Antrag besondere Abfuhr durchgeföhrt oder zusätzliche Abfallbehälter bereitgestellt werden.

(3) Die Abfallbehälter werden vom Abfuhrpersonal zur Entleerung vom Standplatz abgeholt, entleert und wieder zurückgestellt (Vollservice). Die Verpflichteten haben dafür zu sorgen, dass der Behälterstandplatz am Abholtag ab 6:00 Uhr für das Abfuhrpersonal ungehindert zugänglich ist. Es besteht kein Anspruch auf Abholung, wenn die Zugangsmöglichkeiten nicht gewährleistet sind; in diesem Fall ist die Stadt bis zur nächsten turnusgemäßen Abfuhr von der Abfuhrpflicht befreit.

Werden die Behälter vom Anschlusspflichtigen am Abholtag selbst zur Leerung bereitgestellt, hat dies bis 6:00 Uhr des Abholtages am befahrbaren Straßenrand zu erfolgen.

Die Anschlusspflichtigen haben die Behälter nach der Entleerung wieder auf ihr Grundstück zurückzustellen.

(4) Besonders gekennzeichnete städtische Abfallsäcke müssen am Abholtag bis 6:00 Uhr fest verschlossen am Standplatz der Abfallbehälter bereitgestellt werden.

§ 15 Betretungs- und Überwachungsrecht, Anordnungen

(1) Die Benutzungspflichtigen sind verpflichtet, das Aufstellen von Abfallbehältern sowie das Betreten der Grundstücke zum Zwecke der Abfuhr und zur Überwachung der Getrennthaltung und Verwertung zu dulden (§ 19 Abs. 1 KrWG).

(2) Das Betretungsrecht schließt insbesondere die Überwachung und Kontrolle der ordnungsgemäßen und schadlosen Eigenverwertung von Abfällen auf den Grundstücken privater Haushaltungen ein, soweit die Stadt als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger die Überwachung und Kontrolle im Einzelfall als erforderlich ansieht.

(3) Die Anordnungen der Beauftragten sind zu befolgen. Wird einer Anordnung im Sinne dieser Satzung nicht innerhalb einer angemessenen Frist entsprochen, so ist die Stadt berechtigt, die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten der Benutzungspflichtigen durchzuführen oder von anderen durchführen zu lassen.

§ 16 Auskunfts-, Mitwirkungs- und Duldungspflichten

(1) Wer die Entsorgungsanlagen und -einrichtungen der Stadt benutzt, ist verpflichtet, die für eine ordnungsgemäße Abfallwirtschaft benötigten Auskünfte zu erteilen und alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit Abfälle umweltverträglich entsorgt werden können.

(2) Wird angenommen, dass Abfälle, die in Anlagen/Einrichtungen der städtischen Abfallentsorgung angeliefert werden sollen, schädliche Bestandteile enthalten, welche die Entsorgung beeinträchtigen oder gefährden können, kann die Stadt von der*dem Abfallerzeuger*in rechtzeitig vor der Anlieferung die Vorlage eines Nachweises über die chemisch-physikalische Beschaffenheit der Abfälle fordern. Die Analyse ist mit geeigneten und anerkannten Methoden von dem*der Abfallerzeuger*in selbst oder von einem Sachverständigen durchzuführen. Der Untersuchungsumfang ist vorher mit der Stadt abzustimmen. Die Kosten der Analyse tragen die*der Abfallerzeuger*in.

§ 17 Gefährliche Abfälle (Schadstoffhaltige Abfälle)

(1) Die in privaten Haushaltungen anfallenden gefährlichen Abfälle müssen vom übrigen Abfall getrennt gehalten und bei den Anlagen des Zweckverbandes Abfallwirtschaft abgegeben werden.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für haushaltsübliche Kleinmengen vergleichbarer Abfälle aus Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben, soweit sie gemeinsam mit den in Abs. 1 genannten Abfällen entsorgt werden können.

Im Übrigen sind gefährliche Abfälle aus Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben nach den gesetzlichen Bestimmungen zu entsorgen.

§ 18 Sperrmüll

(1) Die Stadt entsorgt den in privaten Haushaltungen anfallenden Sperrmüll in haushaltsüblicher Menge. Wiederverwendbare

Gegenstände sollen karitativen Organisationen oder sonstigen Abnehmer*innen zur Weiterverwendung zugeführt werden.

(2) Von der Sperrmüllentsorgung ausgeschlossen sind:

1. Renovierungs- und Baustellenabfälle z. B. Türen, Fenster, Bau- und Außenholz, Gartenzäune, Wand- und Deckenvertäfelungen, Waschbecken, Badewannen, Klosetts u. ä.;
2. Öltanks und ähnliche Behältnisse;
3. gefährliche Abfälle z. B. Lithium-Ionen-Akkus;
4. Abfälle zur Verwertung, die nach § 11 Abs. 2 getrennt gehalten werden müssen, insbesondere Glas, Papier und Gartenabfälle;
5. Bauschutt, Erdaushub;
6. Haus- und Gewerbeabfall;
7. Autoreifen, Autoteile;
8. Photovoltaikmodule, Nachtspeicherheizgeräte.

Die Stadt kann weitere Arten von Sperrmüll ausschließen, wenn geeignete Annahmestellen oder entsprechende Rücknahmeverpflichtungen für Hersteller*innen und/oder Vertrieber*innen bestehen.

Die Stadt kann die Abfuhr des Sperrmülls insbesondere zum Schutz des Abfuhrpersonals von Auflagen abhängig machen. Werden die Auflagen nicht erfüllt, kann die Stadt die Abfuhr ablehnen. Im Zweifelsfall entscheidet die Stadt, welche Gegenstände als Sperrmüll entsorgt werden.

(3) Sperrmüll wird auf Antrag der Verpflichteten (Gebührenschildner*in) oder jeder Haushaltung unter Angabe von Art und Menge des Abfalls und des Grundstücks, abgeholt. Abfuhrzeitpunkt und Abholstelle werden von der Stadt festgesetzt. Jeder Verpflichtete bzw. jede Haushaltung ist berechtigt, Sperrmüll einmal pro Jahr abholen zu lassen.

Die bereitgestellte Sperrmüllmenge darf 10 m³, soweit im Einzelfall nicht anderes mit der Stadt vereinbart ist, nicht überschreiten. Sperrmüll Einzelteile dürfen nicht länger als 2 m und nicht schwerer als 50 kg sein.

Die*der Antragsteller*in oder eine*r von ihnen Beauftragte*r muss bei der Abholung anwesend bzw. telefonisch erreichbar sein, soweit die Stadt nicht eine Ausnahme zulässt.

Die angemeldeten Gegenstände sind am Abholtag bis 6:30 Uhr auf Privatgrund (z. B. Hof, Garageneinfahrt) der*des Abfallbesitzer*in bereitzustellen.

Der Transportweg vom Abholort zu den Entsorgungsfahrzeugen soll so gering wie möglich und mind. 2 m breit sein und darf dabei 10 m nicht überschreiten. Ist dies nicht möglich, ist der Sperrmüll auf öffentlichem Grund so bereitzustellen, dass der Fahr- und Fußgängerverkehr nicht behindert wird.

Die*der Antragsteller*in hat nach Abholung des Sperrmülls Gehweg und Straße zu säubern.

Abfälle, die im Rahmen der Sperrmüllabholung nicht mitgenommen wurden, sind unverzüglich zurückzunehmen und zu entsorgen. Verantwortlich für den Sperrmüll ist die*der Antragsteller*in.

(4) Sperrmüll ist so bereitzustellen, dass die Möglichkeiten zur Wiederverwendung und Verwertung genutzt werden können, d. h. sortiert nach Metall, Holz und dem übrigen Sperrmüll.

(5) Elektrogeräte werden im Rahmen der Sperrmüllentsorgung mitgenommen, müssen aber vom übrigen Sperrmüll getrennt bereitgestellt sein.

(6) Die Abs. 1 bis 5 gelten entsprechend auch für Sperrmüll aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, wenn es sich um haushaltstypischen Sperrmüll

in haushaltsüblichen Mengen handelt und das entsprechende Grundstück über ein ausreichendes Behältervolumen für Abfälle zur Beseitigung verfügt und an die Abfallentsorgung der Stadt angeschlossen ist.

§ 19 Erdaushub, Bau- und Abbruchabfälle

(1) Erdaushub ist so auszubauen, zwischen zu lagern und abzufahren, dass eine Vermischung mit anderen Abfällen unterbleibt. Erdaushub ist auf der Baustelle wieder zu verwenden bzw. an anderer Stelle der Wiederverwendung zuzuführen. § 202 des Baugesetzbuches bleibt unberührt.

(2) Bereits auf der Baustelle bzw. Anfallstelle müssen Abfälle zur Beseitigung, Erdaushub, Straßenaufbruch, Bauschutt, Abfälle zur Verwertung, Baustellenabfälle, asbesthaltige Abfälle, Dämmstoffe aus künstlichen Mineralfasern und gefährliche Abfälle getrennt gehalten werden.

Es sind insbesondere folgende Abfälle getrennt zu erfassen und zu verwerten:

1. Glas;
2. Kunststoff;
3. Metalle, einschließlich Legierungen;
4. Holz;
5. Dämmmaterial;
6. Bitumengemische;
7. Baustoffe auf Gipsbasis;
8. Beton;
9. Ziegel;
10. Fliesen und Keramik.

Fallen weitere Abfälle zur Verwertung an, sind auch diese getrennt zu erfassen und zu verwerten. Der Einsatz von mobilen Aufbereitungsanlagen für Bauschutt kann von der Stadt im Einzelfall gefordert werden, wenn eine umfassende Verwertung anderweitig nicht sichergestellt werden kann. Zur Erfüllung der Pflichten nach den Sätzen 1 und 2 müssen in ausreichendem Maße Sammelbehälter auf der Baustelle bereitgestellt werden.

(3) Schadstoffhaltiger Bauschutt und Baustellenabfälle sind unter Berücksichtigung der einschlägigen Vorschriften getrennt zu erfassen und zu entsorgen.

(4) Umbau und Abbruchmaßnahmen sollen so durchgeführt werden, dass noch brauchbare Bauteile einer Wiederverwendung zugeführt werden können und gefährliche Abfälle getrennt erfasst werden.

(5) Für die Einhaltung dieser Bestimmungen ist die*der Bauherr*in bzw. deren*dessen Beauftragte*r verantwortlich.

§ 20 Durchführung von abfallwirtschaftlichen Maßnahmen, Anlagen und Einrichtungen

(1) Die Stadt führt die abfallwirtschaftlichen Maßnahmen nach dieser Satzung in der Regel selbst durch; sie kann sich zur Erfüllung der Aufgaben auch geeigneter Dritter bedienen.

(2) Die Stadt stellt im Rahmen ihrer öffentlichen Einrichtung nach dieser Satzung folgende Abfallentsorgungs- und Verwertungseinrichtungen mit der jeweils genannten Zweckbestimmung zur Verfügung:

1. Kompostierungsanlage Neuenweiherstraße 11 zur Annahme von Gartenabfällen;

2. Temporäre Gartenabfallsammelstellen zur Annahme von Gartenabfällen in haushaltsüblichen Mengen;
3. Sperrmüllabfuhr zum Einsammeln und Befördern von Sperrmüll;
4. Abfallabfuhr zum Einsammeln und Befördern von Abfällen;
5. Sammelautomaten für Altspeseöl.

(3) Als Einrichtungen und Anlagen der städtischen Abfallentsorgung gelten auch diejenigen, die von beauftragten Dritten oder dem Zweckverband Abfallwirtschaft betrieben werden. Die Stadt kann vorschreiben, dass bestimmte Abfälle diesen Einrichtungen zuzuführen sind, um Abfälle zu verwerten, damit Anlagen der städtischen Abfallentsorgung geschont werden oder die Wirtschaftlichkeit von Entsorgungsanlagen verbessert wird.

(4) Soweit Dritte abfallwirtschaftliche Aufgaben im Auftrag der Stadt wahrnehmen, stehen den Mitarbeiter*innen dieser Unternehmen die Rechte der Stadt zu.

§ 21 Störungen in der Abfallentsorgung

Wird der Betrieb von Anlagen/Einrichtungen der städtischen Abfallentsorgung infolge von höherer Gewalt, durch behördliche Anordnung oder aus zwingenden betrieblichen Gründen vorübergehend eingeschränkt oder unterbrochen oder werden Maßnahmen der Abfallentsorgung verspätet durchgeführt (z. B. Streik, betriebsnotwendige Arbeiten, extreme Witterungsbedingungen), so werden die fraglichen Maßnahmen baldmöglichst nachgeholt. Die Entsorgungspflichtigen haben in diesen Fällen keinen Anspruch auf Ersatz des entstehenden Schadens oder auf Gebührenminderung.

§ 22 Überwachung von Entsorgungsanlagen und -einrichtungen, Betretungsrecht

(1) Die Stadt überwacht die Benutzung ihrer abfallwirtschaftlichen Anlagen und Einrichtungen, um Verstöße gegen diese Satzung auszuschließen und Gefahren für die Umwelt durch eine unsachgemäße Entsorgung von Abfällen zu vermeiden.

(2) Zum Zwecke der Überwachung ist die Stadt insbesondere befugt,

1. den Inhalt von Abfallbehältern jederzeit zu kontrollieren;
2. Anlagen und Einrichtungen gewerblicher oder sonstiger wirtschaftlicher Unternehmen sowie öffentliche Einrichtungen, in denen Abfälle entstehen und/oder behandelt werden, auf Möglichkeiten zur
- Abfallvermeidung, insbesondere Verminderung ihrer Menge und Schädlichkeit, sowie auf
- Eignung zum Erreichen der Ziele der städtischen Abfallwirtschaft untersuchen zu lassen.

Eigentümer*innen sowie Besitzer*innen von Grundstücken, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen, sind verpflichtet, das Betreten des Grundstücks zum Zwecke der Überwachung der Getrennthaltung und Verwertung von Abfällen zu dulden (§ 19 KrWG).

§ 23 Gebühren

Die Stadt erhebt für die Benutzung der städtischen Abfallentsorgung Gebühren nach Maßgabe einer besonderen Gebührensatzung.

§ 24 Anordnungen für den Einzelfall

- (1) Die Stadt kann Anordnungen zur Durchsetzung der Pflichten nach dieser Satzung im Einzelfall treffen.
- (2) Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen sind die Vorschriften des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes anzuwenden.

§ 25 Ordnungswidrigkeiten

Gemäß Art. 24 Abs. 2 Satz 2 GO kann mit Geldbuße bis zu 2.500 Euro belegt werden, wer

1. entgegen § 4 Abs. 2 ausgeschlossene Abfälle der städtischen Abfallentsorgung zuführt;
2. entgegen § 5 Abs. 1 ein Grundstück nicht an die städtische Abfallentsorgung anschließt;
3. entgegen § 5 Abs. 2 die Einrichtung/Anlagen der städtischen Abfallentsorgung nicht benutzt;
4. entgegen § 7 Abs. 3 angefallene Abfälle durchsucht, wegnimmt oder behandelt;
5. entgegen § 8 Abs. 3 und 4 der Pflicht zur Abfallvermeidung zuwiderhandelt;
6. entgegen § 9 seiner Anzeige- und Antragspflicht nicht nachkommt;
7. entgegen § 10 Abs. 2 Abfälle in nicht zugelassenen Behältern bereit stellt;
8. entgegen § 10 Abs. 5 bis 7 kein ausreichendes Abfallbehältervolumen vorhält;
9. entgegen § 11 Abfälle nicht getrennt hält oder überlässt;
10. Abfallbehälter entgegen § 12 Abs. 3 behandelt;
11. entgegen § 13 Abs. 2 die Standplätze und die Transportwege nicht frei von Hindernissen und nicht in verkehrssicherem Zustand hält;
12. entgegen § 15 Abs. 1 die erforderlichen Auskünfte nicht erteilt;
13. den Verpflichtungen gemäß § 17 nicht nachkommt;
14. entgegen § 18 Abs. 2 nicht zugelassene Abfälle zur Abholung bereitstellt und/oder Sperrmüll entgegen § 18 Abs. 3 nicht getrennt bereitstellt;
15. entgegen § 19 Erdaushub und Abfälle nicht getrennt hält;
16. einer Anordnung nach § 24 nicht oder nicht unverzüglich nachkommt.

§ 26 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in den amtlichen Seiten der Stadt Erlangen in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallwirtschaftssatzung – AbfS –) vom 17.10.2016 (Die amtlichen Seiten Nr. 22 vom 03.11.2016) außer Kraft.

Die vorstehende Satzung wurde vom Stadtrat Erlangen am 15.05.2024 beschlossen. Sie wird hiermit ausgefertigt.

Erlangen, den 16.05.2024

Stadt Erlangen

Dr. Florian Janik

Oberbürgermeister

Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallwirtschaft in der Stadt Erlangen vom 18.12.1990 i. d. F. vom 30.11.2023 / In Kraft getreten am 01.01.2024 (Amtsblatt Nr. 26 vom 27.12.1990 und Die amtlichen Seiten Nr. 26 vom 21.12.2023)

Die Stadt Erlangen erlässt aufgrund des Art. 7 des Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetzes (BayAbfG) vom 09. August 1996, zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 25. Mai 2021 (GVBl. S. 286), folgende Satzung:

Artikel 1

1. § 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Das Wort „14-tägiger“ wird durch das Wort „14-täglicher“ ersetzt.
- b) Nach den Worten „60 Liter“ wird der Klammerzusatz „(für max. 2 Personen)“ gestrichen.

c) Im Klammerzusatz nach den Worten „4400 Liter“ wird das Wort „14-tägige“ durch das Wort „14-tägliche“ ersetzt.

d) Die Zeile „4400 Liter (wöchentliche Abfuhr) 2.346,20 EUR 28.154,40 EUR“, wird ersatzlos gestrichen.

e) Es wird folgender Satz 2 angefügt: „Bei wöchentlicher Abfuhr der Behältnisse werden die in Satz 1 geregelten Gebühren verdoppelt.“

3. Nach § 3a wird folgender § 3b eingefügt:

„§ 3b Gebührensatz für verbotswidrige Abfälle

Für die Entsorgung verbotswidrig behandelter, gelagerter oder abgelagerter Abfälle wird eine Gebühr in Höhe der tatsächlich angefallenen Aufwands-, Transport- und Entsorgungskosten erhoben.“

4. In § 4 Abs. 2 wird das Wort „Voraussetzungen“ durch das Wort „Voraussetzung“ ersetzt.

5. § 4 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) Nach den Worten „60 Liter“ wird der Klammerzusatz „(für max. 2 Personen)“ gestrichen.

b) Im Klammerzusatz nach den Worten „4400 Liter“ wird das Wort „14-tägige“ durch das Wort „14-tägliche“ ersetzt.

c) Die Zeile „4400 Liter (wöchentliche Abfuhr) 1.921,10 EUR 23.053,20 EUR“, wird ersatzlos gestrichen.

d) Es wird folgender Satz 2 angefügt: „Bei wöchentlicher Abfuhr der Behältnisse werden die in Satz 1 geregelten Gebühren verdoppelt.“

6. In § 5 Abs. 6 werden nach dem Wort „unzulässig“ ein Schrägstrich und das Wort „verbotswidrig“ eingefügt.

7. § 7 erhält folgende neue Fassung:

„§ 7 Gebührenschuldner*innen

(1) Gebührenschuldner*in ist, wer berechtigt oder verpflichtet ist, die abfallwirtschaftlichen Einrichtungen der Stadt oder ihrer Auftraggeber zu benutzen, oder wer diese Einrichtungen tatsächlich nutzt.

(2) Als Benutzer*in gilt der*die anschlusspflichtige Grundstückseigentümer*in oder der*die dinglich Nutzungsberechtigte des an die Abfallentsorgung der Stadt angeschlossenen Grundstücks. Auf einem gewerblich genutzten Grundstück kann darüber hinaus auf schriftlichen Antrag auch der*die schuldrechtlich Nutzungsberechtigte Benutzer*in sein.

(3) Mehrere Benutzer*innen haften als Gesamtschuldner*innen. Bei Gebäuden, die in Teil- oder Wohnungseigentum stehen, werden die Gebühren einheitlich für die Gemeinschaft

festgesetzt und bei dem*der gesetzlich bestellten Verwalter*in angefordert.

(4) Wenn auf Antrag gemeinsame Behälter für mehrere Grundstücke aufgestellt werden, so sind die jeweiligen Nutzer*innen im Sinne des Abs. 1 Gebührenschildner*innen.

(5) Gebührenschildner*innen für die Entsorgung von Abfall über besonders gekennzeichnete städtische Abfallsäcke ist der*die Erwerber*in der Säcke.

(6) Wenn Personen, die berechtigt und verpflichtet sind, die abfallwirtschaftlichen Einrichtungen der Stadt oder ihrer Beauftragter zu nutzen, aufgrund von Vereinbarungen Abfall (z. B. Bauschutt) selbst fahren oder fahren lassen, so ist Gebührenschildner*in der*die Transporteur*in, soweit er*sie nicht Nachweise darüber erbringt, wer Gebührenschildner*in ist.

(7) Gebührenschildner*in für verbotswidrig behandelte, gelagerte oder abgelagerte Abfälle ist der*die Abfallerzeuger*in oder eine von ihm beauftragte dritte Person als Gesamtschildner*in.

Artikel 2

Diese Satzung tritt am 01. Juli 2024 in Kraft.

Die vorstehende Änderungssatzung wurde vom Stadtrat Erlangen am 15.05.2024 beschlossen. Sie wird hiermit ausgefertigt.

Erlangen, den 16.05.2024

Stadt Erlangen

Dr. Florian Janik

Oberbürgermeister

Vollzug der Bayer. Bauordnung

Für das Bauvorhaben „Errichtung von Studentenapartments mit Tiefgarage und Kita auf dem Grundstück Paul-Gossen-Straße 1a, 1b, Gemarkung: Erlangen, Flurstück: 1960/20“ wurde mit Bescheid vom 13.05.2024 eine Baugenehmigung mit dem Aktenzeichen 2023-1213-BA erteilt. Die Baugenehmigung wird hiermit gemäß Art. 66 Abs. 2 der Bayer. Bauordnung bekannt gemacht. Die Planunterlagen können nach telefonischer Terminvereinbarung im Bauaufsichtsamt, Gebbertstr. 1, 2. OG, eingesehen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in Ansbach erhoben werden.

Dafür stehen folgende Möglichkeiten zur Verfügung:

a) Schriftlich oder zur Niederschrift

Die Klage kann schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Anschrift lautet: Bayerisches Verwaltungsgericht Ansbach, Promenade 24-28, 91522 Ansbach

b) Elektronisch

Die Klage kann bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht Ansbach auch elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, die Beklagte (Stadt Erlangen) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen bei schriftlicher Einreichung oder Einreichung zur Niederschrift Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

In dem hier einschlägigen Rechtsbereich wurde das Widerspruchsverfahren abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung grundsätzlich eine Verfahrensgebühr fällig.

Ab 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.

Vollzug der Bayer. Bauordnung

Für das Bauvorhaben „Nutzungsänderung von einem Verkaufsraum zu einer Fahrschule auf dem Grundstück Koldestraße 8, Gemarkung: Erlangen, Flurstück: 1949/51“ wurde mit Bescheid vom 22.05.2024 eine Baugenehmigung mit dem Aktenzeichen 2024-236-VV erteilt. Die Baugenehmigung wird hiermit gemäß Art. 66 Abs. 2 der Bayer. Bauordnung bekannt gemacht. Die Planunterlagen können nach telefonischer Terminvereinbarung im Bauaufsichtsamt, Gebbertstr. 1, 2. OG, eingesehen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in Ansbach erhoben werden.

Dafür stehen folgende Möglichkeiten zur Verfügung:

a) Schriftlich oder zur Niederschrift

Die Klage kann schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Anschrift lautet: Bayerisches Verwaltungsgericht Ansbach, Promenade 24-28, 91522 Ansbach

b) Elektronisch

Die Klage kann bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht Ansbach auch elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, die Beklagte (Stadt Erlangen) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen bei schriftlicher Einreichung oder Einreichung zur Niederschrift Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

In dem hier einschlägigen Rechtsbereich wurde das Widerspruchsverfahren abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung grundsätzlich eine Verfahrensgebühr fällig.

Ab 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.

Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG)

Im Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes wird bekannt gemacht: Beabsichtigte Einziehung einer Ortsstraße gem. Art. 8 Abs. 2 BayStrWG

Es ist beabsichtigt, die Guhmannstraße (Fl.Nr. 3432/23 Gmkg. Erlangen) gemäß Beschluss des Bau- und Werkausschusses vom 14.05.2024 auf ihrer gesamten Länge von 96 m einzuziehen, da sie aufgrund der Vereinigung der anliegenden Grundstücke jede Verkehrsbedeutung verloren hat.

Die Unterlagen zu der beabsichtigten Einziehung können beim Tiefbauamt (Schuhstraße 40, 91052 Erlangen, 1. OG) während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Um vorherige telefonische Terminvereinbarung unter Telefon 09131 86-2394 wird gebeten.

Einwendungen gegen die beabsichtigte Einziehung können innerhalb von drei Monaten nach dieser Bekanntmachung an die vorgenannte Stelle gerichtet werden. Die Einziehung kann frühestens drei Monate nach der Bekanntmachung der Einziehungsabsicht durchgeführt werden.

Stadt Erlangen, Tiefbauamt/Straßenbaubehörde

Herausgeber

Stadt Erlangen
Bürgermeister- und Presseamt
Zentrale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Redaktion

Dr. Christofer Zwanzig (verantwortlich)
Sebastian Müller

Auflage

260 Stück

Erscheinungsweise: 14-tägig

Gedruckt erhältlich:
Rathaus (Infotresen),
Volkshochschule (Friedrichstraße 19),
Stadtbibliothek (Marktplatz 1),
Sparkasse Hauptfiliale
(Hugenottenplatz 5),
Tourist-Information (Goethestraße 21a)

Außerdem kann das Amtsblatt als
Newsletter abonniert werden:
www.erlangen.de/newsletter

Aktuelle und vergangene Ausgaben
finden Sie zudem im Internet:
www.erlangen.de/das

Diese Publikation ist auf 100 % Recyclingpapier
gedruckt.

Redaktionsschluss für Ausgabe 12/2024
Donnerstag, 6. Juni 2024, 11:00 Uhr